



INHALTE

Drohender Wohlstandsverlust: jetzt handeln! Michael Frieser, S. 1

Es "scholzt" Sebastian Brehm, S. 2

EU-Ukraine: Mit Herz und Verstand Tobias Winkler, S. 2

SS-Verbrechen: Gedenken in Frankreich Karl Freller, S. 3

Die Grenzpolizeiinspektion am Airport Barbara Regitz, S. 3

Bildungszentrum für Hörgeschädigte Jochen Kohler, S. 4

Finanzspritze für kommunalen Hochbau Hans Herold, S. 4

Energieversorgung für die Zukunft Petra Guttenberger, S. 5





DROHENDER WOHLSTANDSVERLUST: JETZT HANDELN!

Liebe Mitglieder. liebe Freunde.

die Inflation ist auf dem höchsten Stand seit fast 50 Jahren. Im Mai lagen die Preise acht Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Die Verteuerung quasi jedes Bereiches des Alltags stellt inzwischen auch Normalverdiener und Unternehmen vor immer größere Herausforderungen und bedroht ernsthaft den Wohlstand in unserem Land. Die Preissteigerung entwertet Einkommen und Renten und verringert das Vermögen der Sparer. Die zögerliche Strategie der Ampel-Koalition wird dem Ernst der Lage nicht gerecht. Wenn sie sich nicht gerade streitet, beschließt sie teure, zeitlich befristete Maßnahmen, die die Symptome der Krise oberflächlich hemmen, mittel- und langfristig aber keinerlei Linderung versprechen.

Als Union drängen wir die Bundesregierung auf allen Ebenen, endlich systematisch einzuschreiten, und zeigen ihr ganz konkret auf, welche Schritte unternommen werden müssen, um Verbrauchern, Arbeitnehmern und Unternehmen Freiräume zu schaffen, die ihnen ermöglichen, diese Krise zu bewältigen. Die CSU hat am Montag einen 15-Punkte-Plan vorgelegt, verbunden mit der klaren Aufforderung an die Bunderegierung, mit entschiedenen Maßnahmen und ohne ideologische Scheuklappen gerade die Normalverdiener zu schützen. Unter anderem fordern wir eine befristete Verlängerung der AKW-Laufzeiten, eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau, ein faires Energiegeld auch für Rentner und Studenten, eine Streichung der Steuern auf Grundnahrungsmittel, eine umfassende Reform der Unternehmenssteuer und die konsequente Ausweitung des Freihandels mit unseren Partnern. Als CDU/CSU-Fraktion schlagen wir in die gleiche Kerbe und haben unsere Forderungen diese Woche mit einem Antrag im Bundestag bekräftigt. Die kalte Progression muss kurzfristig und vollständig ausgeglichen werden, weil sie de facto eine Steuererhöhung ist, die die Fleißigen bestraft. Zudem muss die Bundesregierung die ausufernde Schuldenpolitik als wesentlichen Inflationstreiber beenden.

Als Union müssen und werden wir den Druck aufrecht erhalten, zumal ich große Zweifel habe, dass die links-gelbe Koalition inzwischen begriffen hat, welche Verwerfungen auf unser Land zukommen, wenn der Wohlstand in weiten Teilen der Gesellschaft erodiert.

Herzliche Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach



"Der deutsche Bundeskanzler bereichert den ukrainischen Wortschatz."

ES "SCHOLZT"

Manche deutsche Wörter sind unverändert in andere Sprachen übernommen worden. "Kindergarten" ist so ein Beispiel. Jetzt macht offenbar ein weiteres Wort internationale Karriere. In einem Rundfunkbericht hörte ich unlängst, im ukrainischen Wortschatz habe sich der Begriff "scholzen" etabliert. Er steht für "etwas versprechen, aber es nicht zu halten". Es ist das Ergebnis von 112 Tagen deutscher Ukraine-Politik unter Bundeskanzler Olaf Scholz. Am 113. Tag fand Scholz immerhin nach langem peinlichen Zögern den Weg nach Kiew. Was er dort aber gemeinsam mit Frankreichs Präsident Macron und Italiens Regierungschef Draghi ablieferte, war Minimalkost - das Versprechen, einen EU-Beitrittskandidaten-Status für die Ukraine zu unterstützen. Das ist gut. Es sind aber nicht die dringlich benötigten, schweren Waffen, um den Aggressor zurückzudrängen. So bleibt es bei sieben (!) deutschen Panzerhaubitzen, von denen gerade die ersten ankamen, drei (!) Raketenwerfern vielleicht im August, einem (!) Flugabwehrsystem - Ankunft unbekannt - und seit Jahren ausrangierten Gepard-Flakpanzern, irgendwann, wenn man dafür Munition findet. Peinlich! Dass Scholz nach seinem Besuch versuchte, einen Keil zwischen die Regierung in Kiew und ihren Botschafter in Berlin zu treiben, gab der Reise eine besondere Note. Kiew habe ganz andere Wünsche als der Botschafter sage, ließ Scholz wissen. Wäre es so, Botschafter Melnyk wäre längst abberufen worden. Im Übrigen: Das neue ukrainische Wort könnte Karriere machen. Polen und Slowenien scheinen sich inzwischen auch gescholzt zu fühlen. Polens Regierung bemängelt, der "Ringtausch" deutsche Waffen als Ersatz für polnische Waffen russischer Bauart, die an die Ukraine geliefert werden, komme nicht in Gang. Die Ampelregierung zerstört außenpolitisches Vertrauen.

Sebastian Brehm MdB Nürnberg-Nord Website



"Das Signal an Russland ist eindeutig: Wir lassen in Europa kein Land im Stich!"



Tobias Winkler MdB Fürth Website



EU-UKRAINE: MIT HERZ UND VERSTAND

Ist es die richtige Entscheidung, die Ukraine zum EU-Beitrittskandidaten zu erklären? Dieser Frage haben wir uns im Deutschen Bundestag intensiv gewidmet. Die Bedenken waren vielfältig. Überdehnt sich die EU? Wie wird Wladimir Putin reagieren? Fühlen sich die Westbalkanstaaten durch die Bevorzugung düpiert, weil sie teils lange warten mussten? Ist die Ukraine tatsächlich bereit für diesen Schritt? Natürlich ist es in dieser Ausnahmesituation schwierig, nüchtern und objektiv zu entscheiden. Die Bilder aus den Kriegsgebieten, die zerstörten Städte und Wohnviertel, die furchtbaren Kriegsverbrechen, die fliehenden Frauen und Kinder... Das Herz rät einem, das geschundene Land und seine tapferen Menschen sofort in die europäische Familie aufzunehmen. Aber was rät einem der Verstand? Wir dürfen das Land, das weltweit ca. 400 Millionen Menschen ernährt, weder dem russischen noch dem chinesischen Einfluss überlassen. Der Beitrittsprozess kann Jahrzehnte dauern, aber er wird jede ukrainische Regierung dazu verpflichten, das Land freiheitlich und demokratisch zu führen. Der Weg ist bereits das Ziel und das Signal an Russland und an andere Staaten ist eindeutig: Wir lassen in Europa kein Land im Stich, das sich für die EU entscheidet. Um angesichts der neuen Bedrohung schnellere Erfolge zu erzielen, sollte die EU eine neue Art der Zusammenarbeit anbieten, beschränkt auf Bereiche wie Sicherheit, Energie, Verkehr oder Forschung. Eine europäische Perspektive wäre also auch geostrategisch klug. Davon würde die Ukraine genauso profitieren wie die Europäische Union. Wenn einem Herz und Verstand zu einer Entscheidung raten, dann darf es kein Zögern mehr geben. Es wird noch deutlicher wie wichtig es ist, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnt.



"Die Ruinen von Oradour-sur-Glane erinnern an die schrecklichen Gräueltaten der Nationalsozialisten."

SS-VERBRECHEN: GEDENKEN IN FRANZ. PARTNERREGION

Am 09. und 10. Juni 2022 fanden die Gedenkfeiern, die alljährlich zur Erinnerung an die im Jahr 1944 bei SS-Massakern getöteten Einwohner abgehalten werden, im französischen Tulle und Oradour statt. Den Feierlichkeiten wohnten auch CSU-Fraktionsvorsitzender Peter Daniel Forster und Bezirkstagspräsident Armin Kroder bei, da der Bezirk Mittelfranken seit vielen Jahren eine Partnerschaftmit der dortigen Region Nouvelle-Aquitaine hat. Neben der Gedenkfeier in Tulle, gedenkt die Stadt Oradour-sur-Glane jedes Jahr am 10. Juni der Opfer der Nationalsozialisten. Am 10. Juni 1944 wurde das ca. 100 Kilometer von Tulle entfernte Oradoursur-Glane durch die SS-Division völlig zerstört, nahezu alle Einwohner wurden dabei ermordet, es gab nur wenige Überlebende. Heute erinnern die als Ruinen erhaltenen Überreste des ehemaligen Oradour-sur-Glane an die schrecklichen Gräueltaten. Zudem haben es sich die wenigen Überlebenden des Massakers zur Aufgabe gemacht, die Erinnerung an die Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten als Mahnung für künftige Genrationen aufrecht zu erhalten. Besonders hervorzuheben ist dabei das Engagement des Überlebenden Robert Hébras, der sich bis ins hohe Alter (96) als Zeitzeuge und Buchautor für die Erinnerungsarbeit einsetzt. Seit 2008 bin ich mit ihm in Kontakt und schätze es sehr, ein Teil dieser vertrauensvollen Beziehungen zu sein, die es zu pflegen und zu vertiefen gilt.

Karl Freller MdL Nürnberg-Süd Website



"Im Nürnberger Norden lebt es sich sicher! "



MdL Nürnberg-Nord Website

Barbara Regitz



Bei meiner Erkundungstour am Flughafen Nürnberg habe ich die Grenzpolizeiinspektion (GPI) besucht. Für ein Gespräch nahm sich Dienststellenleiter Polizeidirektor Gerd Lesko Zeit, der mich gleich zu Beginn wissen ließ, dass es sich bei der GPI auch um eine ganz "normale" Polizeiinspektion handelt, die zusätzliche Präsenz im Nürnberger Norden bietet. Man übernimmt polizeiliche Lagen und stellt mit der Wache eine zusätzliche Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger im Nürnberger Norden dar. Mich interessierte v.a., welche Aufgaben von der GPI Nürnberg-Flughafen erledigt werden? Gerd Lesko erklärte mir, dass man die vielseitigen Arbeitsaufträge in vier Bereiche aufteilen kann: allgemein polizeiliche Aufgaben, einsatzspezifische Aufgaben, Sonderaufgaben (teils verknüpft mit der Luftsicherheit) und grenzpolizeiliche Aufgaben. Der Flughafen Nürnberg verfügt dabei über zwei seltene Ausnahmen: kein generelles Nachtflugverbot und keine Bundespolizei, da die polizeilichen Aufgaben eben von der GPI, also der Bayerischen Polizei, übernommen werden. Eine Besonderheit erlebte ich, indem ich Beamten bei einer Ausreisekontrolle über die Schultern schauen durfte. Es hat mich beeindruckt, mit welcher ausgeprägten Akribie und hohen Konzentration die Polizisten die unterschiedlichen Reisepässe auf verschiedene Arten kontrollierten. Mein Fazit: Wir sind froh, dass wir so engagierte Polizistinnen und Polizisten bei uns "vor der Haustür" haben. Mit ihrer Arbeit tragen sie in erheblichem Maß dazu bei, dass man sagen kann: Im Nürnberger Norden lebt es sich sicher! Dafür sage ich herzlichen Dank!



"Die Teilhabe von Hörgeschädigten liegt mir sehr am Herzen!"

MdL Nürnberg-West

Jochen Kohler Website

Auf meine Initiative hin haben wir zusammen mit der Stadt- und Bezirksrätin Catrin Seel sowie Vertretern des Bürgervereins Gostenhof-Kleinweidenmühle-Muggenhof-Doos und der Stadt Nürnberg das Gelände des Zentrums für Hörgeschädigte in der Pestalozzistraße besucht. Dort startet ein bislang einzigartiges Bildungsprojekt, bei welchem die Stadt Nürnberg aber auch der Bezirk Mittelfranken gemeinsam zusammenarbeiten. Bislang wurden dort Kinder und Jugendliche vom Babyalter bis hin zum Mittel- und Realschulabschluss schulisch und außerschulisch begleitet. Zukünftig soll es dort zusätzlich eine dreizügige Regelgrundschule geben. Hierzu werden auf dem Gelände alte Gebäude ersetzt, wobei der denkmalgeschützte "Försterbau" erhalten bleibt. Durch die Neubauten wird zum einen möglich sein, in wesentlich kleineren Klassen zu unterrichten. Zum anderen werden die Klassenräume so konzipiert, dass jedes Kind optimalen Sichtkontakt zur Lehrkraft haben wird. Räume wie die Mensa oder aber der Turnbereich sollen gemeinsam genutzt werden. Indem Kinder mit Förderbedarf und Kinder der Regelgrundschule zusammenkommen, entsteht ein völlig neuer Ansatz gelebter Inklusion. Damit haben alle Kinder und Jugendliche mit Hörbehinderung die Möglichkeit, in einer gänzlich anderen Bildungsumgebung aufzuwachsen. Es gibt schon Überlegungen, Gebärdensprache im Rahmen eines Wahlfachs anzubieten. Der Gesamtleiter des Zentrums, Lothar Baumüller, zeigt sich begeistert von den pädagogischen Konzepten. Ich habe mich von dieser Begeisterung ebenfalls anstecken lassen. Ein wirklich tolles Projekt, welches hoffentlich viele Nachahmer finden wird.

"Diese Fördermittel sind eine tragende Säule unserer kommunal- und familienfreundlichen Politik in Bayern."

> Hans Herold **MdL Fürth-Land** Website



FINANZSPRITZE FÜR KOMMUNALEN HOCHBAU

Der Freistaat unterstützt seine Kommunen auch in diesem Jahr mit erheblichen finanziellen Mitteln, zum Beispiel bei der Förderung kommunaler Hochbaumaßnahmen oder bei der Städtebauförderung. Für den Kommunalen Hochbau stehen in diesem Jahr insgesamt über 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Gefördert werden vor allem der Bau und die Sanierung von Schulen, schulischen Sportanlagen und Kindertageseinrichtungen. Im Landkreis Fürth/ Stimmkreisteil Fürth-Land werden elf Bauvorhaben aus neun Gemeinden gefördert: Generalsanierung der Mehrzweckhalle in Wachendorf (235.000 €), Neubau der Kindertageseinrichtung Weinbergstraße in Großhabersdorf (1 Mio. €), Generalsanierung und Erweiterung der Mittelschule Langenzenn (830.000 €) und Teilsanierung der Grundschule (500.000 €), Erweiterung der Kindertageseinrichtung Obermichelbach (100.000 €), Neubau der Kindertageseinrichtung Traubenstraße in Puschendorf (200.000 €), Neubau der AWO-Kindertageseinrichtung (100.000 €) und Neubau des Kinderhortes "In der Gasse" (300.000 €) in Roßtal, Erweiterung der Kindertageseinrichtung Tuchenbach (100.000 €), Erweiterung der Kindertageseinrichtung Veitsbronn (100.000 €) und Neubau der Kindertageseinrichtung "An der Steige" in Wilhermsdorf (50.000 €). Im Rahmen des Bayerischen Städtebauförderungsprogramm 2022 erhalten vier Gemeinden aus dem Landkreis Fürth Fördermittel, um ihre Innenentwicklung voranzutreiben. Hierzu gehören Veitsbronn, Cadolzburg, Langenzenn und Wilhermsdorf. Im Rahmen der Städtebauförderung werden insbesondere Gemeinden im ländlichen Raum bei der Innenentwicklung und beim Flächensparen unterstützt.



ENERGIEVERSORGUNG FÜR DIE ZUKUNFT

Versorgungssicherheit ist derzeit die größte Herausforderung bei der Energieversorgung. Deshalb müssen die Gasspeicher schnellstmöglich gefüllt und die Stilllegung von Kohlekraftwerken kritisch überprüfen werden. Auch eine kurzfristige Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken darf nicht kategorisch ausgeschlossen werden, wenn wir nicht nur den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes fortsetzen, sondern auch den damit verbundenen Wohlstand erhalten wollen. Dabei kommt einem Energiemix aus Übergangsenergiequellen und nachhaltigen Energiequellen eine ganz besondere Bedeutung zu. Bezahlbarkeit muss auch hier im Vordergrund stehen. Die Senkung der Energiepreise durch Senkung der Mehrwertsteuer und Abschaffung der CO2-Abgabe auf alle Energieträger, eine Senkung der Stromsteuer sowie Einführung eines Industriestrompreises sind deshalb dringend erforderlich. Maßnahmen der Ampelregierung unter Ausschluss der Rentnerinnen und Rentner sind ein absolut indiskutabler Vorgang, da auch Rentnerinnen und Rentner durch höhere Energiepreise massiv belastet sind. Das Aus für den Verbrenner ab 2035 durch das Europäische Parlament, gegen das die CSU-Abgeordneten dieses Parlaments gestimmt haben, verkennt gänzlich die Potenziale der sogenannten E-Fuels. Diese haben eine ganz hervorragende Ökobilanz, weil kein neues CO2 erzeugt wird, werden aus bestehenden Ressourcen gewonnen, vermeiden Abhängigkeiten von China und sind sofort mit geringen Umbauarbeiten bei jedem Verbrennungsmotor einsetzbar. Auch der Versuch der Ampel, kleineren Wasserkraftwerken unter 500 KW den Garaus zu machen, ist der falsche Weg, denn hier steht Ideologie im Vordergrund und nicht Effizienz und Nachhaltigkeit der Energieversorgung.

"Energieversorgung für die Zukunft muss sicher, bezahlbar und nachhaltig sowie effizient und nicht ideologiebehaftet sein."

Petra Guttenberger MdL Fürth Website



CSU Nürnberg-Fürth-Schwabach Jakobstraße 46 - 90402 Nürnberg E-Mail: nuernberg@csu-bayern.de Telefon: 0911/241544-0